



Genau die Richtigen

für Marburg-Biedenkopf

SPD Marburg-Biedenkopf

Wahlprogramm

für die Wahl zum Kreistag am 6. März 2016

Inhaltsverzeichnis

1.	Unser Landkreis: Gemeinsam mit den Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger	3
1.1.	Politik für die Kommunen	3
1.2.	Solide Finanzen für eine nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen.....	4
1.3.	Regionale Dienstleister stärken.....	4
1.4.	Sinnvolle Verwaltungsstrukturen für Bürgernähe und Effizienz.....	5
1.5.	Bürgerbeteiligung.....	6
2.	Gemeinschaft, Generationen, Gesundheit: Gut aufwachsen, leben und alt werden im Landkreis	7
2.1.	Ehrenamt – unschätzbar und unverzichtbar	7
2.2.	Familien.....	8
2.3.	Inklusion	9
2.4.	Jugendarbeit – Jugendbildung – Jugendhilfe.....	10
2.5.	Sport.....	11
2.6.	Gesundheit	12
2.7.	Demografischer Wandel und Altenhilfe.....	13
2.8.	Flüchtlinge und Integration.....	14
2.9.	Integration in die Arbeitswelt	15
3.	Bildung, Schule und Kultur.....	16
3.1.	Zukunft Schule	16
3.2.	Zukunft Grundschule	17
3.3.	Zukunft weiterführende Schulen.....	17
3.4.	Berufliche Bildung und Übergang von Schule zum Beruf	18
3.5.	Der Landkreis als Hochschulstandort.....	19
3.6.	Außerschulische Bildung und Weiterbildung	19
3.7.	Kulturarbeit	21
4.	Wirtschaft, Infrastruktur, Landwirtschaft, Energie und Umwelt	22
4.1.	Unsere Sparkasse	23
4.2.	Tourismus	23
4.3.	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).....	24
4.4.	Breitbandinternet, Telekommunikation	25
4.5.	Straßen und Radwege	25
4.6.	Der ländliche Raum als Zukunftsregion	26
4.7.	Weitere Entwicklung des Denkmalschutzes.....	27
4.8.	Kommunale Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger	27
4.9.	Landwirtschaft	28
4.10.	Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz	29

1. Unser Landkreis: Gemeinsam mit den Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger

Kommunen und Landkreis haben vielfältige Aufgaben – besonders im Bereich der Daseinsvorsorge. Um diese bewältigen zu können, sind sie auf eine solide Finanzausstattung sowie auf effiziente Verwaltungsstrukturen angewiesen. Die Finanzlage in Marburg-Biedenkopf hat sich in den letzten Jahren deutlich entspannt.

Wir setzen uns mit unserer Landrätin Kirsten Fründt ein

- für die weitere finanzielle Konsolidierung und dafür, unseren Landkreis weiter zu entschulden.
- durch sparsame und solide Haushaltsführung die gestalterische Kraft zu erhalten und finanzielle Spielräume für künftige Generationen zu sichern. Wir wollen nicht, dass die Finanzpolitik auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird, denn viele Städte und Gemeinden stehen am Rande ihrer Handlungsfähigkeit.

Solide Finanzpolitik und transparente Haushaltsführung bedeuten für uns:

- den Schuldenabbau fortsetzen;
- die Kommunen mit ausreichenden Finanzen auszustatten für eine nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge;
- regionale Dienstleister stärken;
- Doppelstrukturen abbauen;
- die Festlegungen der Regionalplanung für den Landkreis Marburg-Biedenkopf zu optimieren;
- effiziente Verwaltungsstrukturen schaffen;
- den Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessern, vereinfachen und beschleunigen;
- die Bürgerbeteiligung auszubauen.

1.1. Politik für die Kommunen

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf finanziert sich in erheblichem Maße durch Kreis- und Schulumlage, die er von den Städten und Gemeinden erhebt. Erst unter der SPD-geführten Koalition mit Landrätin Kirsten Fründt an der Kreisspitze wurde die Kreisumlage nach vielen Jahren erstmalig wieder gesenkt.

- Wir werden uns nicht nur auf Kreisebene, sondern auch auf Bundes- und Landesebene mit unseren Abgeordneten aus dem Landkreis für eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen einsetzen, damit diese ihre eigenen wichtigen Aufgaben sicherstellen können.

Deshalb müssen an die Kommunen übertragene Aufgaben, wie die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, durch Bund und Land vollständig finanziert und der Kommunale Finanzausgleich mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Gerade der Kommunale Finanzausgleich, der den Städten und Gemeinden zu wenig finanzielle Mittel bereitstellt, zwingt die Kommunen, stetig die kommunalen Steuern zu erhöhen und damit ihre Bürgerinnen und Bürger zu belasten. Dies muss geändert werden.

- Wir wollen, dass auch die Kommunen anteilig von ständig steigenden Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene profitieren. Daran werden wir mit aller Kraft arbeiten, denn unsere Städte und Gemeinden brauchen eine gerechte Finanzausstattung, damit es den hier lebenden Menschen gut geht.

1.2. Solide Finanzen für eine nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen

Eine erfolgreiche Politik im Landkreis und in den Städten und Gemeinden hat solide finanzielle Rahmenbedingungen und eine wirtschaftliche Haushaltsführung zur Grundlage. Dazu gehört ein verantwortungsvoller Umgang mit den Einnahmen und Ausgaben.

- Die Haushaltskonsolidierung werden wir auch nach dem Verlassen des Schutzschirms fortsetzen.
- Die Belastungen durch den Schuldendienst werden wir hierdurch reduzieren und Investitions- und Kassenkredite abbauen. Sparen ist dabei aber kein Selbstzweck, sondern gibt dem Landkreis finanzielle Spielräume, um seine eigentlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig zu erfüllen.

Dazu gehören soziale Leistungen und Investitionen in die Infrastruktur, etwa in Schulen, sowie die Versorgung mit Wasser und Energie, die Entsorgung oder der öffentliche Nahverkehr, der Erhalt der Straßen und der öffentliche Wohnungsbau.

Eine Privatisierung dieser kommunalen Dienstleitungen kommt für uns nicht in Frage. Diese öffentlichen Aufgaben muss der Landkreis, soweit die Kommunen sie nicht selber erledigen, bestmöglich erfüllen können, denn sie sind entscheidend für die Lebensqualität und Attraktivität unserer Region.

1.3. Regionale Dienstleister stärken

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf besitzt eine Reihe von Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen unterschiedlicher Rechtsform. Die wirtschaftlich größte und bedeutendste ist dabei die Beteiligung an der Sparkasse Marburg-Biedenkopf. Ferner ist der Landkreis an Einrichtungen der Ver- und Entsorgung wie auch an einer Reihe von Wohnungsbaugesellschaften beteiligt, die entsprechend des gestiegenen Wohnungsbedarfs ihre Wohnungsbauaktivitäten erweitern und dynamisieren sollen.

- Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt der Sparkasse in öffentlicher Trägerschaft einsetzen und uns gegen jede Privatisierungsabsicht mit Vehemenz wehren.
- Mit einer Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises werden wir den Bau von bezahlbarem Wohnraum in Kooperation mit den bestehenden Wohnungsbaugesellschaften im Landkreis tatkräftig vorantreiben. Kommunen sollen sich an dieser Gesellschaft beteiligen können.

Die heimischen Energieversorger (Stadtwerke Biedenkopf und Marburg) haben mit ihrer Zusammenarbeit bereits den richtigen Weg eingeschlagen. Der Aufbau einer regionalisierten Energieversorgung ist wichtig für den ökologischen Umbau und den Klimaschutz. Gleichzeitig macht es wirtschaftlich Sinn, weite Teile der Wertschöpfung im Energiesektor im Landkreis zu belassen. Mit der Energie Marburg-Biedenkopf GmbH, der Herrenwald GmbH oder der GrundNetz GmbH sind in den letzten Jahren bereits neue Gesellschaften im Landkreis entstanden, die diesem Prinzip folgen.

- Für andere Bereiche der Ver- und Entsorgung müssen ähnliche Initiativen folgen, etwa für die Wertstoffeffassung. Dabei streben wir eine stärkere Kooperation der Abfallwirtschaft Lahn Fulda (ALF) und des Müllabfuhrzweckverbandes Biedenkopf (MZV) an.

Diese stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Entsorgung soll, durch den Kreis initiiert und begleitet, den Kommunen dauerhaft Sicherheit bei der Verwertung ihrer Abfälle sowie bei der Gebührengestaltung geben.

Ein bedeutsames Engagement zeigt der Landkreis mit seinem Beitritt zu mittlerweile zahlreichen Energiegenossenschaften, die sich überwiegend in der Nahwärmeversorgung engagieren.

- Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen; darüber hinaus gilt unser Einsatz auch der vom Kreis selbst initiierten Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf GmbH und deren Projekten.

1.4. Sinnvolle Verwaltungsstrukturen für Bürgernähe und Effizienz

Unser Ziel ist es, in den Städten und Gemeinden im Landkreis gute Lebensbedingungen zu erhalten und zu fördern. Der Landkreis muss dabei die überörtlichen Aufgaben zum Wohle der Kommunen und der Menschen erfüllen. Ziel des Landkreises darf es dabei nicht sein, möglichst viele Aufgaben an sich zu ziehen.

Grundsätzlich ist für uns eine bürgerfreundliche und dienstleistungsorientierte Struktur der Verwaltung ein wichtiges Gestaltungsmerkmal.

- Diese Dienstleistungen des Kreises wollen wir als Angebot in der Fläche und damit bürgernah erhalten bzw. ausbauen.
- Wir setzen auf die Entwicklung von verbindlichen Standards der Qualitätssicherung ebenso wie auf den möglichst breiten Einsatz von digitaler Verwaltung mit dem Ziel der Verbesserung, Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsabläufe.
- Wir suchen nach innovativen Konzepten zur Verbesserung des Service und zur Reduzierung der Verwaltungskosten.
- Wir wollen bisherige Strukturen eingehend überprüfen. Doppelstrukturen wollen wir abbauen, wenn damit eine effizientere Verwaltungsstruktur für die Bürgerinnen und Bürgern in Marburg-Biedenkopf entsteht.

Dies gilt auch im Verhältnis zur Universitätsstadt Marburg, und zwar in den Bereichen Wirtschaftsförderung, öffentlicher Personennahverkehr, Jugendhilfe, Kindertagesbetreuung und Volkshochschulen. Die gemeinsame „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ kann hier beispielgebend sein. Stadt und Landkreis bieten damit zusammen einen Tourismus-Service für Marburg-Biedenkopf an.

- Aufgaben, die effizienter und bürgernäher von den Kommunen erledigt werden können, sollen wieder dort angesiedelt werden. Dies setzt eine faire Regelung über die Kostenübernahme voraus.

In einer globalisierten Welt muss Politik immer stärker für Räume organisiert und gestaltet werden, die eine größere kommunale Verwaltungseinheit darstellen, als es die Landkreise bisher sind. Zwischen Land und Kommunen ist eine Ebene ausreichend, die zudem demokratisch legitimiert sein muss. Landkreise und Regierungspräsidien sind daher mittelfristig zusammenzuführen, um eine größere Effizienz zu erreichen. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe dürfen hierdurch nicht verloren gehen.

- Wir halten Regionalplanung für ein notwendiges und hilfreiches Instrument, denn sie koordiniert Maßnahmen, die in ihren Auswirkungen über den einzelnen Landkreis hinausgehen. Dabei muss Regionalplanung einen dynamischen Ansatz verfolgen und Veränderungen beobachten, um neue Entwicklungen aufnehmen zu können.

1.5. Bürgerbeteiligung

Wir stehen für eine bürgernahe Politik. Dazu gehört es, dass die Bürgerinnen und Bürger jenseits von Wahlen mit ihren Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen an politischen Entscheidungen mitwirken können. Die Möglichkeiten der Beteiligung, auch auf Kreisebene, sind vielfältig. Neue Formen wie Online-Befragungen oder Bürgerkonferenzen werden bereits erprobt und weiter ausgebaut. Das neu geschaffene Beteiligungskataster gibt einen Überblick über die bestehenden Möglichkeiten auf Kreisebene, eine Beteiligungsplattform ist im Entstehen. Auch die Social-Media-Aktivitäten des Landkreises und der Landrätin dienen einer modernen und bürgernahen Verwaltung.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist mit diesem umfassenden Ansatz zur Entwicklung und Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung bundesweit herausragend.

Nachdem auf kommunaler Ebene bereits entsprechende Gremien existieren, haben wir auch auf Kreisebene einen Behindertenbeirat, einen Kreissenorenrat und eine Vertretung für Migrantinnen und Migranten eingeführt. Damit schaffen wir eine neue Beteiligungskultur. Das Kreisjugendparlament hat ein Antragsrecht im Kreistag erhalten. Von der von uns eingeführten Möglichkeit zur Onlinewahl für das KJP erhoffen wir uns zukünftig eine breite Wahlbeteiligung. Wir werden uns auch weiterhin aktiv für eine Berücksichtigung der Jugendlichen einsetzen.

Wir setzen uns ein

- für die konsequente Weiterentwicklung und Umsetzung der Bürgerbeteiligung im Kreis.
- für die verlässliche Einbeziehung der Ergebnisse von Bürgerbeteiligung.

2. Gemeinschaft, Generationen, Gesundheit: Gut aufwachsen, leben und alt werden im Landkreis

Das Miteinanderleben im Landkreis muss unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Gesundheitszustand und Vermögensverhältnissen gut möglich sein. Der Landkreis soll nicht nur als Verwaltungseinheit, sondern auch als Partner das Miteinander der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Vereine fördern und stärken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger, egal woher sie kommen, wie alt und wie mobil sie sind, hier wohlfühlen und gerne hier leben.

2.1. Ehrenamt – unschätzbar und unverzichtbar

Die Vielfalt und Lebendigkeit unseres Landkreises verdanken wir in vielen Bereichen dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Menschen jeden Alters setzen sich mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen ehrenamtlich für das Gemeinwesen ein. Ohne dieses Engagement wäre unser gesellschaftliches Leben um vieles ärmer. In Zukunft werden wir noch viel stärker auf dieses Engagement angewiesen sein.

Die demographischen Veränderungen, die Herausforderungen bei der Vereinbarung von Familie und Beruf, die Schwierigkeiten bei der Lebensgestaltung im hohen Alter, die aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage und die Stärkung des gesellschaftlichen Lebens sind Bereiche, in denen ehrenamtliches Engagement auch künftig eine unverzichtbare Rolle einnehmen wird.

In der Lebensphase, in der Familienleben und Berufsleben vereinbart werden müssen, ist die Zeit für ehrenamtliches Engagement knapp, trotzdem finden viele Menschen Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Viele Menschen mit einem erfüllten Berufsleben sind dankbar, wenn sie sich bei guter Gesundheit Aufgabenfeldern zuwenden können, in denen sie ihre Fähigkeiten einbringen oder auch völlig Neues ausprobieren können: Ehrenamt ist sinnstiftend, gibt dem Leben Rhythmus und eröffnet neue soziale Kontakte.

Im Ehrenamt begegnen sich Generationen. Diesem Aspekt der generationsübergreifenden Begegnung kann nicht genug Bedeutung beigemessen werden.

- Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement zu fördern und sie noch mehr Wert zu schätzen.
- Auch ehrenamtliches Engagement unterliegt einem ständigen Wandel. Wir werden die Veränderungen bei der ehrenamtlichen Arbeit berücksichtigen und passgenaue Möglichkeiten aufzeigen, um förderliche Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Betätigung zu schaffen.
- Wir setzen uns für die Qualifizierung und Schulung von Ehrenamtlichen ein. Dabei sind die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur und der Ehrenamtsförderung unerlässlich. Ehrenamtslotsen fungieren im Landkreis als Ansprechpartner für Projekte und Vereine einerseits und Ehrenamtliche andererseits.
- Mit den Ehrenamtskonferenzen tragen wir zur Weiterentwicklung und Vernetzung des ehrenamtlichen Miteinanders bei. Wir werden die Anerkennungskultur für Ehrenamtliche weiterentwickeln. Die Ehrenamtskarte ist dabei ein wichtiges Element.
- Mit einem Ehrenamtssiegel werden wir Arbeitgebern eine Anerkennung zukommen lassen, wenn diese ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Beschäftigten in besonderer Weise fördern.
- Für uns ist es wichtig, auch Jugendliche zu ehrenamtlichem Engagement zu ermuntern, sie dabei zu unterstützen und entsprechende Wertschätzung zu gewähren. Die Etablierung von Ehrenamtsfachtagen speziell für Jugendliche ist ein weiteres Ziel unserer Arbeit.

Wie sich aktuell umso mehr zeigt, sind die Hilfsorganisationen im Landkreis von besonderer Wichtigkeit. Deshalb werden wir weiterhin die Hilfsorganisationen wie Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Freiwillige Feuerwehren, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst und Technisches Hilfswerk konsequent unterstützen. Denn diese Organisationen leisten zusammen mit ihren Ehrenamtlichen einen unschätzbaren Beitrag für unser Gemeinwesen.

Im örtlichen Katastrophenfall kommt zu diesen Organisationen der Hilfeinsatz der Bundeswehr hinzu. Nicht nur unter diesem Aspekt begrüßen wir die Stationierung der Division Schnelle Kräfte in Stadtallendorf. Wir setzen uns für eine gute Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft ein, die Bundeswehr und ihre Angehörigen sind Teil unseres Landkreises und sollen sich hier auch wohlfühlen. Bei der Schaffung von Notunterkünften für Flüchtlinge hat sich gerade wieder gezeigt, wie gut die Kooperation von Hilfsorganisationen und Bundeswehr funktioniert, und wie dankbar wir für deren gemeinsames Arbeiten sein können.

Wir setzen uns ein

- für die Förderung der Hilfsorganisationen sowohl in ihren hauptamtlichen als auch ehrenamtlichen Strukturen;
- für die Integration und die Stärkung des Bundeswehrstandortes in Stadtallendorf.

2.2. Familien

Familienleben findet heute in vielfältiger Weise statt. Dabei stehen auch Familien vor großen Herausforderungen. Familien sind von immenser Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Vielfältige Familienmodelle, alleinerziehende Mütter und Väter, Patchwork-Familien und Adoption haben althergebrachte Familienstrukturen in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr verändert. Zusätzlich erschweren neue berufliche Anforderungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit es für Familien angemessene Angebote gibt, um den unterschiedlichen Anforderungen möglichst individuell und passgenau gerecht werden zu können.

Eine zentrale Voraussetzung dafür sind qualifizierte, flexible, ausreichende und bezahlbare Betreuungsangebote. In den letzten Jahren wurden im Kreis viele neue Betreuungsplätze bei Tagesmüttern, in Kitas und Kindergärten sowohl für über als auch für unter Dreijährige geschaffen.

- Unser Ziel ist es, diese Plätze zu erhalten und bedarfsgerecht den weiteren Ausbau zu unterstützen, auch über die bundesweit geforderte Quote von 33 % Betreuungsplätzen für unter Dreijährige (U3) hinaus.

Mit Beginn der Schulzeit bleibt die Herausforderung der Kinderbetreuung weiterhin bestehen, da gerade Grundschulunterricht in der Regel nicht am Nachmittag stattfindet. Im Kreis gibt es seit über zwanzig Jahren das bewährte und von uns entwickelte Konzept der Grundschulbetreuung. Dabei müssen für die Grundschulbetreuung verbindliche Regelungen in Bezug auf Raumangebot, Fläche, Qualität und Personalschlüssel gefunden und umgesetzt werden.

- Mittelfristig halten wir eine flächendeckende Betreuungsmöglichkeit von Grundschulkindern, entweder durch Unterrichtsangebote oder durch Grundschulbetreuung, zwischen 7:00 und 17:00 Uhr für notwendig.
- Ebenfalls unerlässlich für eine Betreuung in den Nachmittag hinein ist die flächendeckende Bereitstellung von qualitativ gutem, gemeinsamem Mittagessen.

Trotz all unserer Bemühungen ist allerdings klar, dass dies nicht alleinige Aufgabe des Kreises ist und er diese enormen finanziellen Kosten nicht alleine bewältigen kann. Hier muss auch das Land Hessen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen.

Mit der Gründung einer Familie beginnt ein ganz neuer Abschnitt im Leben mit Freuden, aber auch mit Herausforderungen. Wir wollen junge Familien stärken und unterstützen, diese teilweise schwierigen Zeiten zu meistern. Familienfreundlichkeit soll unseren Landkreis auszeichnen. Dabei hilft das auf Initiative der Landrätin eingerichtete Familienbüro.

- Mit dem Ausbau des Familienbüros soll die Vernetzung der familienfördernden Aufgaben mit den Städten und Kommunen des Landkreises voran gebracht werden.
- Ein Weg dazu ist die Stärkung von Erziehungs- und Elternkompetenzen, beispielsweise durch Eltern- und Familienbildungsangebote, aufsuchende Elternarbeit, Familienhebammen, sowie Projekte wie Aufsuchende Elternschule (VIP), Menschenskind, Null bis Sechs und Elternberatung durch den Allgemeinen Sozialen Dienst und andere mehr. Wir unterstützen diese Angebote und Projekte ebenso wie die Schwangerenkonfliktberatung.
- Die Schaffung von Eltern-Kind-Parkplätzen bei Kreisliegenschaften mit Publikumsverkehr.

Dem Hebammenmangel wirken wir durch Unterstützung des neu gegründeten „Netzwerkes Geburt“ entgegen. Die in der Bundespolitik Verantwortlichen fordern wir auf, das versicherungsrechtliche Problem der Hebammen durch neue, kostengünstige Versicherungsformen unter Einbeziehung der Krankenkassen zu lösen. Die Wahlmöglichkeit zwischen Krankenhaus oder Hebamme soll in jedem Fall erhalten bleiben.

- Wir setzen uns im Landkreis weiterhin für eine Stärkung der freien Hebammen ein. Eltern sollen wählen können, wie sie ihr Kind zur Welt bringen. Daher sind uns auch Einrichtungen wie das Geburtshaus Marburg wichtig.

Eine sinnvolle Möglichkeit der Unterstützung von jungen Familien, aber auch von älteren Menschen, kann generationenübergreifende Zusammenarbeit sein. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Mehrgenerationenhaus in Marburg. Hier treffen sich alte und junge Menschen, um voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu helfen, oder einfach nur Zeit miteinander zu verbringen.

- Solche generationenübergreifende Angebote wünschen wir uns auch in unseren Städten und Gemeinden des Landkreises. Daher setzen wir uns für die Verknüpfung generationsübergreifender Hilfsangebote, Begegnungen und Aktivitäten ein.

2.3. Inklusion

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention wird die zentrale Forderung einer Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen anerkannt. Für sie müssen Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und uneingeschränkte Gleichstellung als selbstverständlich gelten. Die Mitwirkung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen muss verstärkt ermöglicht werden. Dazu ist ein kritischer Blick auf gesellschaftliche Strukturen unerlässlich, denn noch immer gibt es ausgrenzende, benachteiligende oder gar diskriminierende Strukturen.

Die Leitidee der Inklusion verstehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für ihre Umsetzung setzen wir uns ein.

- Wir haben einen Behindertenbeirat in unserem Landkreis eingerichtet. Damit wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gestärkt und eine bessere Beteiligung an den sie betreffenden politischen Entscheidungen gewährleistet. Die Arbeit des Behindertenbeirats werden wir bestmöglich unterstützen, um einen noch engeren Austausch zu erreichen.
- Wir wollen Firmen und Institutionen, die sich bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vorbildlich engagieren, mit einem Preis auszeichnen.

Inklusive Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, dass inklusives Lernen an allen Schulformen ermöglicht wird. Wir fordern das Land auf, die entsprechenden Rahmenbedingungen, beispielsweise durch eine deutliche Erhöhung der Lehrerzuweisungen, zu schaffen.

- Im Rahmen des Immobilienmanagements des Kreises werden die Notwendigkeiten für Inklusion berücksichtigt.
- Auch bei den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung muss das Thema Inklusion verstärkt eine Rolle spielen.

Um weitestgehende Inklusion zu ermöglichen, sind permanente Anstrengungen erforderlich. Gleichwohl sehen wir die Notwendigkeit von speziellen Einrichtungen der Behindertenhilfe, um die jeweils bestmögliche Förderung für jeden Menschen zu erreichen. Die vorhandene Struktur von unterschiedlichen Trägern ist für uns unverzichtbar und kein Widerspruch, auch wenn wir uns der umfassenden Inklusion verpflichtet sehen.

2.4. Jugendarbeit – Jugendbildung – Jugendhilfe

Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendhilfe vermitteln vielfältige Impulse zur Identitätsbildung und sind ein wichtiger Teil der lebensbegleitenden Sozialisation: Sie können die elterliche Erziehung ergänzen und leisten wichtige Präventionsarbeit.

Außerschulische Jugendbildung und Jugendarbeit müssen sich an den Erwartungen junger Menschen orientieren und deren Belange und Ideen unterstützen. So werden sie ihrem Auftrag gerecht, junge Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln in demokratischen Strukturen anzuregen, sie zu unterstützen und zu stärken.

- Es ist notwendig, die Vielzahl der pädagogischen Träger und ihre Angebote zu erhalten.
- Professionelle Jugendbildung und Jugendarbeit sind uns wichtig; zugleich ist Ehrenamtlichkeit eine tragende Säule dieser Arbeit.

Schulsozialarbeit, Jugendhilfemaßnahmen, Allgemeiner Sozialer Dienst und Jugendarbeit vor Ort leisten wichtige und gute Arbeit. Wir haben diese Arbeit in der Vergangenheit intensiv unterstützt und ausgebaut, so zum Beispiel ein umfassendes Konzept zur Schulsozialarbeit im Landkreis erarbeitet und den finanziellen Rahmen für diese erhöht. Hieran wollen wir anknüpfen.

- Wir werden weiter die wichtige Vernetzung dieser verschiedenen Elemente der Kinder- und Jugendarbeit fördern.
- Wir werden weiter gemeinsam mit Schulen, Eltern und Kommunen am Ausbau der Schulsozialarbeit als einer wichtigen Stütze in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen arbeiten.
- Hierbei spielt der Allgemeine Soziale Dienst eine wichtige Rolle. Er berät Erziehungsberechtigte und Schulen und bietet Jugendlichen eine wichtige Anlaufstelle. Daher soll dieser Bereich zukünftig weiter gestärkt werden.

Die Verzahnung von Schule und Jugendarbeit wird gerade vor dem Hintergrund der Ganztagschulen immer wichtiger. Schulen sind nicht nur als Bildungsort zu verstehen; sie werden immer stärker zu einem Lebensort für die Schülerschaft.

Die ehrenamtliche Arbeit der Jugendverbände in unserem Landkreis leistet einen wichtigen und sehr vielfältigen Beitrag. Wir sorgen auch weiterhin dafür, die finanziellen Rahmenbedingungen für Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendhilfe zu erhalten.

- Die Aus- und Weiterbildung in der Jugendarbeit werden wir weiterhin unterstützen und fördern, beispielsweise durch ein vielfältiges Bildungsangebot in der Kinder- und Jugendarbeit sowie durch die Vernetzung der verschiedenen Angebote der freien Träger und Jugendverbände, etwa in der JULEICA-Ausbildung.
- Der von uns ausgebaute Bereich der außerschulischen Jugendbildung bleibt ein wichtiger Baustein. Das Jugendwaldheim Rossberg ist hierbei ein wichtiger Lernort, für dessen Erhalt wir uns weiterhin einsetzen, ebenso wie für die politische Jugendbildung.
- Wir sorgen für adäquate finanzielle Rahmenbedingungen in der außerschulischen Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit und unterstützen die wichtige Arbeit des Kreisjugendrings.
- Wir werden gemeinsam mit Schulen und Verbänden eine besondere Feierstunde initiieren, in der Jugendliche, die ehrenamtlich in der Verbandsarbeit aktiv sind, gewürdigt werden.
- Die beiden kreiseigenen Freizeitstätten in Glücksburg und Schuby, sowie das Jugendheim Wolfshausen werden wir weiter erhalten und noch attraktiver gestalten.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist in vielerlei Hinsicht eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft und ist auch Teil der Jugendarbeit. Jugendliche Migranten unterstützen wir dabei, sich in Schule, Arbeit und unsere Gesellschaft einzuleben. Auch hierbei spielen die Jugendverbände in unserem Landkreis eine wichtige Rolle.

- Wir wollen hierbei ehrenamtliche Strukturen und Vernetzungen auf- und ausbauen, um gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Kommunen tragfähige Konzepte zur Integration zu erarbeiten.

2.5. Sport

Sport ist gesund und für viele Menschen fester Bestandteil ihres Lebens. Sportvereine erfreuen sich großer Beliebtheit, sie lassen Gemeinschaft erleben und vermitteln Teamgeist und Fairness. Dies sind wichtige Pfeiler auch für unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft.

Auch wenn Sport Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite oder ungünstige Wohnverhältnisse nicht verhindern kann, so kann er doch das Selbstvertrauen steigern, vielfach einen Ausgleich bieten und integrierend wirken.

- Im Rahmen der kommunalen Sportförderung werden wir die Arbeit der Sportvereine und des Sportkreises Marburg-Biedenkopf unterstützen, indem wir die notwendigen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit erhalten und ausbauen.
- Dies betrifft vor allem die Bereitstellung einer möglichst optimalen Sportstätten-Infrastruktur. Wir setzen uns für den Erhalt, die Sanierung und die Modernisierung der kreiseigenen (Schul-)Sportanlagen und deren kostenlose Bereitstellung ein.
- Wir setzen uns verstärkt für die Bereitstellung zielgruppengerechter, vielfältiger Sportangebote ein. Gezielt unterstützen wir die Arbeit der Vereine, die Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen.
- Ebenso fördern wir den Sport für Erwachsene, insbesondere den Seniorensport, etwa durch Angebote an Volkshochschulen und die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen.

- Sportangebote für sozial oder gesundheitlich Benachteiligte und Flüchtlinge sind besonders unterstützenswert.

2.6. Gesundheit

Marburg-Biedenkopf hat eine überdurchschnittlich ausgeprägte Gesundheitswirtschaft mit mehr als 20.000 Beschäftigten. Die überproportionale Zahl von Arbeitsplätzen in diesem Sektor gilt es zu erhalten und auszubauen.

Wir wollen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch ein abgestimmtes Leistungsangebot verbessern und erschwingliche und wohnortnahe medizinische Versorgung auf höchstem Niveau sicherstellen. Wir werden die Profilbildung der Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf vorantreiben und uns für eine intensive Zusammenarbeit der Leistungsanbieter einsetzen.

Gleichzeitig bedarf das privatisierte Universitätsklinikum weiter der kritischen Begleitung. Als größter Arbeitgeber besteht die Verpflichtung zum Erhalt der Arbeitsplätze sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns für die Verwirklichung von Personalstandards ein.

Gesundheit und Gesundheitserhaltung gerecht und bezahlbar zu gestalten ist für uns eine zentrale Herausforderung. Wir setzen uns ein für eine flächendeckende und umfassende ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum und entwickeln dafür innovative Konzepte.

Wir missbilligen die Entscheidung der Kassenärztlichen Vereinigung, den Ärztlichen Bereitschaftsdienst an einem Standort in Marburg-Wehrda zu zentralisieren, aufs Schärfste.

- Wir unterstützen eine Weiterentwicklung und Profilbildung der Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf.
- In Gebieten, in denen die Ärzteversorgung nicht sichergestellt ist, werden wir prüfen, in wie weit kommunale Unterstützung einen Beitrag zum Erhalt der ärztlichen Versorgung und zur Neuansiedelung von Arztpraxen leisten kann.
- Um dem sich abzeichnenden Ärztemangel im ländlichen Bereich entgegenzuwirken, setzen wir uns für die Etablierung nun gesetzlich möglicher kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ein.
- Unser Ziel ist es, dezentrale Lösungen sowie die Versorgung „Rund um die Uhr“ wieder einzuführen.
- Wir fordern, dass der Ärztliche Bereitschaftsdienst über die Rettungsleitstelle des Landkreises koordiniert wird, da nur so unnötige und teure Einsätze des Rettungsdienstes vermieden werden können.
- Wir erwarten vom Gesetzgeber, den Landkreisen Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes zu geben.
- Wir sind für den Erhalt und die Stärkung der bestehenden Krankenhäuser im Landkreis, weshalb wir die umgehende Verwirklichung der notwendigen Baumaßnahmen sowohl am Universitätsklinikum wie auch an den anderen Krankenhäusern im Kreis fordern.
- Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung am Universitätsklinikum ein. Daher sind für uns verbindliche Personalstandards unabdingbar.
- Eine Vernetzung aller Akteure ist im Gesundheitswesen besonders wichtig, deshalb werden wir die Regionalen Gesundheitskonferenzen im Landkreis Marburg-Biedenkopf aktiv steuern und gemeinsam nach Lösungsansätzen suchen.
- Wir unterstützen weiterhin die gezielte Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen, beispielsweise durch den proaktiven und reaktiven Ansatz des Projektes „HaLt – Hart am Limit“.

2.7. Demografischer Wandel und Altenhilfe

Der demografische Wandel mit seinen Chancen, Auswirkungen und Risiken hat weitreichenden Einfluss auf unsere Politik im Landkreis.

Zwei Drittel aller Menschen über 70 Jahren bevorzugen es, im Alter in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Daher ist eine leicht zugängliche Beratung zu allen Fragen im Alter unerlässlich.

- Die auf unsere Initiative in der letzten Legislaturperiode erstellten Leitlinien für Seniorenarbeit sind in den nächsten 5 Jahren die Richtschnur für Kreistag und Kreisverwaltung. Sie geben den Kommunen Hilfe bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Diese Richtlinien werden wir aktiv mit Leben füllen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass älter werdende Menschen möglichst lange im häuslichen Umfeld verbleiben und am sozialen Leben teilnehmen können.
- Die Beratung zum Wohnen im Alter soll intensiviert und entsprechende Angebote flächendeckend auf- und ausgebaut werden. Mit frühzeitiger Beratung können die Menschen für die Fragestellungen des Alters sensibilisiert werden. Zu der Beratung gehört es auch, auf die finanzielle Fördermöglichkeiten hinzuweisen.
- Sowohl in Ortskernen als auch in Neubaugebieten müssen bedarfsgerechte und barrierefreie Wohnmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren geschaffen werden.

Ein Verbleib in der eigenen Wohnung setzt aber auch eine individuell angepasste Versorgung voraus. Angehörige, Nachbarn und freiwillige Hilfe für gelegentliche ehrenamtliche Unterstützung werden genauso benötigt wie professionelle Dienstleister.

- Alle Unterstützungsformen, die soziale Kontakte und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, müssen aufeinander abgestimmt und vernetzt sein.
- Vielfältige Hilfeangebote entwickeln sich meist nicht von selbst und zufällig. Deshalb werden wir die Kommunen dabei unterstützen, entsprechende Netzwerke aufzubauen, indem wir kommunale Seniorenbeauftragte ebenso wie die Entwicklung von Altenhilfekonzepten in den Kommunen bezuschussen. Jeder Ortsteil benötigt die auf seine Situation angepasste Lösung. Patentrezepte kann es nicht geben.
- Unsere Bevölkerung im Landkreis wird immer bunter. Deshalb werden wir in der Zukunft immer mehr auf den Aufbau einer kultursensiblen Altenhilfe achten. Es gilt Migrantinnen und Migranten für ein solches Netzwerk zu gewinnen.
- Mobilität im Alter ist für die gesellschaftliche Teilhabe unabdingbar. Der Zugang zum Öffentlichen Nahverkehr muss erleichtert werden, und vorhandene Barrieren sind abzubauen. Alternative Formen wie Bürgerbusse sind förderungswürdig.
- Der Ausbau der Pflegestützpunkte bleibt weiterhin auf der Agenda der nächsten Jahre.

Seniorinnen und Senioren wissen am besten, was Seniorinnen und Senioren brauchen, wünschen und wo sie „der Schuh drückt“. Der von uns neu eingerichtete Seniorenrat wird im Januar 2016 erstmals für drei Jahre gewählt.

- Wir werden die notwendigen Ressourcen und politische Unterstützungen sicherstellen, damit dieses neue Gremium durch gute Arbeitsbedingungen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen der nächsten Jahre leisten kann. Durch die Möglichkeit Anträge im Kreistag zu stellen, haben wir zudem neue Einflussmöglichkeiten geschaffen.

2.8. Flüchtlinge und Integration

Die gleichberechtigte Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund an allen Politikfeldern ist ein Kernpunkt gelebter Demokratie. Migrantinnen und Migranten sollen nicht nur in Integrationsfragen zu Wort kommen. Wir stehen vor der großen Aufgabe, die Integrationskultur auszubauen. Wir sind uns der großen Herausforderungen, aber auch der Chancen bewusst.

- Wir setzen uns weiter dafür ein, dass akzeptable Strukturen der Erstaufnahme zur Verfügung gestellt werden, und dass den Flüchtlingen schnellstmöglich ein angemessenes Wohnen und Leben ermöglicht wird.
- Wir haben die dafür notwendigen personellen Strukturen in der Kreisverwaltung geschaffen und werden uns dafür einsetzen, dass diese auch zukünftig bereitgestellt werden. Dabei erwarten wir, dass die dafür anfallenden Kosten dem Landkreis von Bund und Land erstattet werden.
- Die notwendige gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge ist sicherzustellen. Eine vorhandene Traumatisierung muss zum geeigneten Zeitpunkt bei der Versorgung berücksichtigt werden.
- In den Kommunen gibt es sehr viele Menschen, die sich gerne ehrenamtlich für die Flüchtlinge einsetzen. Wir werden diese wertvollen ehrenamtlichen Strukturen auch weiterhin unterstützen und ausbauen.

Gleichzeitig gibt es aber auch unter Menschen ohne Migrationshintergrund Vorurteile und fremdenfeindliche Einstellungen, denen wir im Sinne von Aufklärung und interkulturellem Austausch begegnen müssen.

- Wir werden Projekte organisatorisch und finanziell unterstützen, die sich für den Abbau von Vorurteilen einsetzen und den interkulturellen Austausch fördern.

Wichtig für eine erfolgreiche Integration sind der Spracherwerb und eine Integration in den Arbeitsmarkt. Eine gute Schulbildung ebnet den Weg für eine gute berufliche Zukunft. Erwachsene Flüchtlinge unterstützen wir beim Erwerb der Sprache, der Aufnahme einer Ausbildung, einer Beschäftigung oder eines Studiums mit dem Ziel einer Integration in den Arbeitsmarkt.

Der Spracherwerb muss ab der Kita gewährleistet sein und das Konzept der Sprach-Intensivklassen muss weiter ausgebaut werden.

- Wir wollen Projekte fördern, an denen sich Schülerinnen und Schüler beteiligen und so ihren neuen Mitschülerinnen und Mitschülern bei dem Erlernen der neuen Sprache helfen.
- Das Kreisjobcenter und die Agentur für Arbeit müssen in der Lage sein, unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Arbeitsaufnahme entsprechend zu unterstützen. Dabei werden wir behilflich sein.

In der letzten Wahlperiode haben wir das Projekt VOICE, das Arbeit und Spracherwerb miteinander verbindet, im Landkreis initiiert. Solche sinnvollen Ansätze gilt es in den nächsten Jahren weiter zu verfolgen und auszubauen.

Interkulturelle Bildung kann Schranken beseitigen, kann Verständnis und gegenseitige Akzeptanz schaffen. Gerade sie vermittelt Handlungsmöglichkeiten, Lebenskonzepte, Lebensmodelle und Kompetenzen, mit dem Ziel gemeinsamer Erfahrungen zur Förderung des Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls.

Interkulturelles Lernen verhindert die Abwertung einzelner Gruppen und ihre Ausgrenzung. Durch das Interesse an anderen Kulturen kann Offenheit, Verständnis, Respekt und Akzeptanz für diese Kulturen entwickelt und können eigene Vorurteile kritisch wahrgenommen und abgebaut werden.

Die kommunalen Einrichtungen müssen sich noch stärker als bisher den Aufgaben interkultureller Bildung stellen. Sie müssen in Zusammenarbeit mit Vereinen, Gruppen und Verbänden, Initiativen und privaten Organisationen interkulturelles Lernen vermitteln.

Wir setzen uns ein

- für eine Verstärkung interkultureller Bildungsangebote in allen Bereichen der außerschulischen Bildung im Landkreis;
- für neue Formen in der Jugendarbeit, insbesondere im Sinne einer aufsuchenden interkulturellen Bildung;
- die Förderung des interkulturellen Dialogs.

2.9. Integration in die Arbeitswelt

Das Kreisjobcenter leistet sehr gute Arbeit für die Langzeitarbeitslosen in unserem Kreis. Bei der Integration in Arbeit belegt es im Landes- und Bundesvergleich Spitzenplätze. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch in Zukunft der Fall bleibt. Trotz der guten Arbeit ist die Zahl und der Anteil derjenigen hoch, die bereits länger als zwei Jahre arbeitslos sind. Deshalb können wir uns nicht auf den Erfolgen ausruhen und müssen uns weiter für die Vermittlung in Arbeit engagieren.

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit bedarf weiterhin besonderer Aktivitäten.

Ebenso muss der Mehraufwand, bedingt durch die größere Zahl an zu vermittelnden Personen aus den Reihen der Flüchtlinge, durch entsprechende Mittelausstattung aufgefangen werden. Hier ist der Bund in der Verantwortung.

Die Stärke unseres Jobcenters liegt in der Verzahnung mit den anderen Fachbereichen der Kreisverwaltung, der guten Kooperation mit der Agentur für Arbeit, den Verbänden der heimischen Wirtschaft und den positiv wirkenden Beschäftigungsgesellschaften (Integral gGmbH und anderen).

- Jugendamt, Fachbereich Integration, Wirtschaftsförderung und Gesundheitsamt müssen weiter eng mit dem Kreisjobcenter zusammen arbeiten. Diese Zusammenarbeit wollen wir in Zukunft noch verstärken. Nur so kann man die Chancen zur Arbeitsaufnahme, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, erhöhen.
- Eine große neue Herausforderung wird auf das Kreisjobcenter durch die Vielzahl der Flüchtlinge und Asylberechtigten zukommen. Wir setzen uns für eine ausreichende personelle Ausstattung zur Bewilligung der Leistungen und guten Beratung ein.
- Der schnelle Erwerb der Sprache und die schnelle Integration in Ausbildung und Arbeit sind uns wichtig, damit die Flüchtlinge auch wirklich dauerhaft in Deutschland ankommen können. Die notwendigen Mittel hierzu müssen auch vom Bund zur Verfügung gestellt werden.
- Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, dies wird auch bei den künftigen Herausforderungen unabdingbar sein. Wir wollen beweisen, dass wir die Zusammenarbeit aktiv gestalten und auf Augenhöhe zu guten Lösungen für alle Arbeitslosen kommen.

3. Bildung, Schule und Kultur

Bildung ist ein zentraler Grundstein einer demokratischen Gesellschaft. Sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und erlaubt jedem Einzelnen, sich frei zu entfalten und Wege zu beschreiten, die den individuellen Ansprüchen und Wünschen gerecht werden. Bildung beschränkt sich nicht auf ein bestimmtes Alter und beinhaltet somit Formen der frühkindlichen Erziehung sowie eine engagierte Schulpolitik ebenso wie die vielfältigen Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Bildung widmet sich gleichermaßen der Entwicklung sozialer, kultureller und interkultureller Kompetenzen, der Förderung von Kreativität sowie Gesundheits- und Medienbewusstsein und darüber hinaus der Frage, wie die soziale und politische Verantwortung der Menschen unseres Landkreises gebildet und gestärkt werden kann, um das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten. Bildungspolitik muss Chancengleichheit gewährleisten, die nicht von der sozialen Herkunft des Einzelnen abhängen darf. Wir wollen eine Bildungsplanung, in die möglichst die gesamte Kreisgesellschaft einbezogen werden kann. Das Projekt „Bildung integriert“ soll dabei eine herausragende Rolle spielen.

3.1. Zukunft Schule

Ein attraktives, umfassendes und qualitativ hochwertiges Schulangebot gehört zu den Grundvoraussetzungen eines bildungsfreundlichen Landkreises. Bei der Gestaltung und Bereitstellung entsprechender Angebote ist darauf zu achten, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen in steigendem Maße Familienstrukturen beeinflussen. Es müssen Konzepte für Schulen entwickelt werden, die nicht nur Orte des Lernens, sondern gleichermaßen Lebensräume sind. Kinder verbringen zunehmend mehr Zeit in Bildungseinrichtungen und benötigen somit ein Umfeld, das ihnen die Möglichkeit gibt, sich wohl zu fühlen und sich orientiert an individuellen Bedürfnissen und Interessen zu entfalten.

Wir machen unsere Schulen zukunftsfähig, indem wir vorausschauend planen und uns für baulich-räumliche Maßnahmen einsetzen, die das pädagogische Gesamtkonzept einer Einrichtung im Blick haben. Dies beinhaltet auch die Gewährleistung von technischen und medialen Voraussetzungen, die für einen modernen Unterricht sowie die Realisierung von Ganztagsangeboten und die vielfältigen Möglichkeiten einer inklusiven Beschulung ergeben. Sinnvolle Schulentwicklungsplanung erfordert somit eine intensive Kooperation zwischen Schulträger und Schulgemeinde. Nur so können Anforderungen frühzeitig erkannt und durch eine Koordination vorhandener Ressourcen Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Die Schule hat in zunehmendem Maße nicht nur eine zentrale Bedeutung für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, sondern auch für die Entwicklung der sozialen und kulturellen Strukturen vor Ort. Schule muss sich als Mittelpunkt einer örtlichen bzw. regionalen Bildungslandschaft verstehen.

Dazu gehören intensive Kooperationen mit Kommunen, Vereinen und Verbänden, Gruppen und Einrichtungen. Schule und außerschulischer Bereich können sich vor Ort sinnvoll ergänzen. Die Einbindung der Ehrenamtlichen in Vereinen und Gruppen ist ein wichtiger Baustein für die Öffnung der Schule, gerade im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung. Die Zusammenarbeit von Schule und Verein kann sich als ein wirkungsvolles Instrument, insbesondere auch für qualitative Verbesserungen des Sportes, der Musik, des Chorgesangs usw. erweisen.

Wir setzen uns ein

- für Schulen, die nicht nur Orte des Lernens, sondern gleichermaßen Lebensräume sind;
- für die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen durch vorausschauende Planungen;
- für eine intensivere Zusammenarbeit von Schule, Kreis und Kommune vor Ort;

- für die Einbeziehung örtlicher Gruppen und Vereine zur Erweiterung des schulischen Angebotes;
- für die Realisierung des Projektes „Bildung integriert“.

3.2. Zukunft Grundschule

Grundschulen stärken im besonderen Maße das soziale Gefüge vor Ort und spielen als Standortfaktor eine große Rolle bei der Entscheidung junger Familien zu Gunsten eines Wohnortes. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass wohnortnahe Angebote erhalten bleiben. Grundschulen, die mit zurückgehenden Schülerzahlen zu kämpfen haben, wollen wir dabei unterstützen, pädagogische Konzepte zu entwickeln, die diesem Umstand begegnen und den Kindern eine bestmögliche Vorbereitung auf eine weiterführende Schule garantieren.

Grundschulen müssen in die Lage versetzt werden, an gesellschaftliche und vor allem soziale sowie familiäre Lebensbedingungen ihrer Schülerinnen und Schüler anzuknüpfen. Kinder benötigen ein schulisches Umfeld, das eine Entwicklung ihrer Persönlichkeit ebenso ermöglicht wie den kontinuierlichen Aufbau kognitiver und sozialer Fähigkeiten.

Wir möchten Grundschulen dabei unterstützen, Ganztagskonzepte zu realisieren, die sich verstärkt an den Bedürfnissen von Kindern und ihren Eltern orientieren und sowohl flexible Öffnungszeiten als auch qualifizierte Angebote gewährleisten. Wir treten für Programme ein, die eine pädagogische Begleitung der Schülerinnen und Schüler am Nachmittag sicherstellen und dabei Raum für die Förderung von Talenten und das Ausleben von Interessen schaffen. Hierzu schaffen wir die baulichen Voraussetzungen und Ressourcen.

Wir setzen uns ein

- für den Erhalt eines wohnortnahen Angebotes von Grundschulen;
- für eine Ausgestaltung von Ganztagskonzepten an Grundschulen;
- für die Bereitstellung der räumlichen Voraussetzungen der Nachmittagsangebote.

3.3. Zukunft weiterführende Schulen

Die weiterführenden Schulen unseres Landkreises erarbeiten sich mit großem Engagement eigene Profile. Sie entscheiden sich für individuelle Konzepte und gewährleisten dadurch eine vielfältige Schullandschaft, die es zu erhalten gilt. Als Schulträger werden wir weiterführende Schulen dabei unterstützen, sich eigenständig zu entwickeln. Wir werden eigene Ressourcen einsetzen, um das Angebot vor Ort zu stärken. Eine ganzheitliche Schulentwicklungsplanung beinhaltet einerseits die Abstimmung von Gebäude- und Raumplanungen auf das schulspezifische Profil, andererseits die Fortführung wichtiger und etablierter Programme. Eine zentrale Rolle spielt hier die Schulsozialarbeit, für die die SPD bereits seit Jahren erfolgreich kämpft. Sie ist in vielen Schulen zu einem wichtigen Bestandteil des pädagogischen Konzeptes geworden und unterstützt auf ganz unterschiedlichen Ebenen die Schüler und die Arbeit der Lehrkräfte. Wir werden die Schulsozialarbeit auch weiterhin mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten.

Wir treten dafür ein, Ganztagskonzepte mit Projekten der Schulsozialarbeit zu verknüpfen. Unsere Schülerinnen und Schüler benötigen auch an weiterführenden Schulen ein sinnvolles Angebot am Nachmittag. Sie müssen über den Unterricht hinaus bedürfnisorientiert begleitet werden. Nur durch ein differenziertes Ganztagsprogramm ist dies möglich.

Es muss eine Mittagsversorgung sichergestellt werden, die Kindern ein warmes und gesundes Essen anbietet. Wir werden uns für neue Konzepte im Bereich der Schulverpflegung einsetzen, die qualitativ

hochwertige und dennoch bezahlbare Mahlzeiten bereitstellen, und dazu beitragen, dass das gemeinsame Mittagessen einen neuen Stellenwert erhält. Regelmäßige Rückmeldungen von Schülern, Eltern und Lehrern sollen dazu beitragen, die Qualität des Essens dauerhaft zu gewährleisten.

Wir haben die Vision, dass gemeinsames Mittagessen in einigen Jahren ein selbstverständlicher Standard ist und so von den zuständigen staatlichen Ebenen finanziert wird, dass die Eltern nur einen Anerkennungsbeitrag leisten müssen.

Wir setzen uns ein:

- für eine weitere Profilierung der weiterführenden Schulen im Landkreis;
- für die weitere Stärkung der Schulsozialarbeit;
- für die Verknüpfung von Ganztagskonzepten und Projekten der Schulsozialarbeit;
- für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Mittagsversorgung;
- für eine verbindliche, weitgehend kostenfreie Verwirklichung von Mittagessen in den Schulen.

3.4. Berufliche Bildung und Übergang von Schule zum Beruf

Die berufliche Bildung im Zusammenspiel von Berufsschule und Betrieben ist ein wichtiger Faktor für Gesellschaft und Wirtschaft. Durch das duale Ausbildungssystem erhalten junge Menschen ein breit angelegtes und fundiertes Fachwissen.

Für eine hohe Qualität der beruflichen Aus- und Fortbildung statten wir die Beruflichen Schulen im Landkreis mit den entsprechenden Mitteln aus, damit die heimischen Betriebe auch zukünftig gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Auch die Vollzeitschulformen an Beruflichen Schulen werden wir weiterentwickeln.

Wir setzen uns für die Öffnung von Beruflichen Schulen zu Aus-, Weiter- und Fortbildungszentren in Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Partnern ein.

Ein guter Übergang von der Schule in den Beruf ist mitentscheidend für den weiteren Lebensweg. Für diesen Übergang stellen wir vielfältige Angebote und Hilfen bereit. Um möglichst allen jungen Menschen nach der Erfüllung ihrer zehnjährigen Schulpflicht eine berufliche Zukunftsperspektive aufzuzeigen, ist im Landkreis das Regionale Übergangsmanagement entstanden. Durch geschickte und effiziente Koordination soll der Landkreis auch zukünftig die unterschiedlichen Partner zusammenbringen und die Maßnahmen effektiv koordinieren und ausbauen.

Sowohl der Landkreis als auch das Land haben bei den jungen Menschen für frühzeitige Erfahrungen mit praktischen Berufsinhalten durch die Vertiefte Berufsorientierung (VBO) zu sorgen. Unter den Flüchtlingen sind auch viele junge Menschen. Für diese sind an den Beruflichen Schulen weitere Klassen zur Berufsvorbereitung einzurichten, damit sie rasch Schulabschlüsse erwerben und ihre sprachlichen Fähigkeiten verbessern.

Wir setzen uns ein

- für eine gute Ausstattung der Beruflichen Schulen;
- für die Öffnung von Beruflichen Schulen zu Aus-, Weiter- und Fortbildungszentren;
- die Stärkung und den Ausbau des regionalen Übergangsmanagements;
- für frühzeitige Erfahrungen mit praktischen Berufsinhalten durch die Vertiefte Berufsorientierung (VBO);
- für die Schaffung weiterer Klassen zur Berufsvorbereitung.

3.5. Der Landkreis als Hochschulstandort

Zusammen mit der Philipps-Universität Marburg und der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) am Standort Biedenkopf gilt es den Landkreis und die Universitätsstadt Marburg noch attraktiver als Lebens- und Studienort zu gestalten.

Wir wollen den Studierenden eine gute Lebensqualität bieten und den Wissenstransfer zwischen Universität, Hochschule und heimischer Wirtschaft stärken. Wir werden uns für bezahlbaren Wohnraum in Marburg und im Umland einsetzen sowie die Kooperationen zwischen den Studienorten und den lokalen Betrieben fördern.

Die Wechselwirkungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft strahlen auf den Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Universitätsstadt Marburg aus. Wir wollen, dass die Hochschulabsolventen in der Region bleiben und ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt finden.

Die Verknüpfung von Studium und praktischer Ausbildung im Unternehmen als Duales Studium hat sich als ein erfolgreiches Modell etabliert. Der Bau der Technischen Hochschule Mittelhessen am Standort Biedenkopf stärkt dies in unserer Region nachhaltig.

Wirtschaftsförderung umschließt für uns auch die Förderung von Existenzgründungen, insbesondere der Firmenstarts junger, innovativer Unternehmen. Wir unterstützen die Bildung von Netzwerken zwischen mittelständischer Wirtschaft und der Universität und der THM, den Technologie- und Wissenstransfer sowie Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus. Forschungs- und Entwicklungspotentiale der Philipps-Universität und der THM für die Weiterentwicklung von Betrieben im Landkreis müssen besser genutzt werden.

Dazu fördern wir beschäftigungswirksame Ausgründungen und halten so Hochschulabsolventen in unserer Region.

Zur Gewinnung qualifizierten Personals sind auch Studierende, die ihr Studium abbrechen, wertvoll für die heimischen Unternehmen und Handwerksbetriebe. Wir setzen uns für Projekte ein, diese zusammen zu führen.

Wir setzen uns ein

- für eine weitere Stärkung des Dualen Studiums vor Ort;
- für die Stärkung des Wissenstransfers zwischen Universität, Hochschule und heimischer Wirtschaft;
- für bezahlbaren Wohnraum für Studierende und einen guten öffentlichen Personennahverkehr;
- für eine bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft;
- für die Unterstützung von beschäftigungswirksamen Ausgründungen aus den Hochschulen.

3.6. Außerschulische Bildung und Weiterbildung

Die außerschulische Erwachsenen- und Jugendbildung ist ein traditionsreiches Lern-, Bildungs- und Erfahrungsfeld. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf agiert wie eine Vielzahl von öffentlichen und freien Trägern mit immer neuen und aktuellen Angeboten.

Für den Kreis gilt es, gute Traditionen der außerschulischen Bildung klug weiterzuführen und neue Themen, Formate und Zugänge, neue Aktionsformen von außerschulischer Bildung und Weiterbildung so zu entwickeln, dass sie von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen angenommen werden. Beispiele hierfür sind die museumspädagogische Arbeit der Zeiteninsel, die Route der Industriekultur, wie auch die Anbindung an den Geopark Lahn-Dill-Westerwald.

Wir setzen uns ein

- für eine Stärkung und Weiterentwicklung der außerschulischen Bildung und Weiterbildung.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss immer wieder gesichert und neu erarbeitet werden. Demokratie braucht den „kritischen Staatsbürger“, der zur politischen Teilhabe fähig ist. Neben den Schulen gibt es eine Vielzahl von Anbietern Politischer Bildung. Vielfalt in der Demokratie ist wichtig, deswegen haben wir das Ziel, diese Angebote zu fördern.

Wir setzen uns ein

- für flächendeckende Angebote außerschulischer Jugendbildung im Landkreis;
- für die entsprechende Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
- für die Entwicklung spezifischer Jugendbildungsangebote für Jugendliche in besonderen sozialen Problemlagen;

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben die Erwachsenenbildung und die Volkshochschule die zentrale Aufgabe der Weiterbildung im Sinne des lebensbegleitenden Lernens. Sie müssen der Vertiefung, Erweiterung oder Erneuerung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen dienen, die eine erste Bildungsphase abgeschlossen haben und in der Regel erwerbstätig waren oder in der Familie gearbeitet haben.

Mehr bezahlbare, niedrighschwellige und auch zielgruppen-spezifische Angebote sollen dazu beitragen, möglichst alle Menschen noch stärker an Bildungsangebote heranzuführen.

In diesem Zusammenhang sind Angebote eines flächendeckenden Elternbildungsangebotes zu entwickeln, um Eltern bei Erziehungs- und Bildungsfragen zu unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt der Erwachsenenbildung und Volkshochschularbeit ist eine zeitgemäße, auf die unterschiedlichen Altersstufen und ihre speziellen Bildungsbedürfnisse abgestimmte Seniorenbildung.

Wir setzen uns ein

- für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kommunen, freien Trägern der Weiterbildung und der Schulen zur Erarbeitung eines gemeinsam abgestimmten Weiterbildungsangebotes;
- für den Aufbau einer individuellen Weiterbildungsberatung;
- für den Ausbau niedrighschwelliger und zielgruppenspezifischer Bildungsangebote;
- für die Aus- und Weiterbildung ehren- und nebenamtlich Lehrender in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung;
- für die Erarbeitung und das Angebot von Veranstaltungen zur Elternbildung im Rahmen der Volkshochschule, bei Kindertagesstätten und Grundschulen;
- für die Weiterentwicklung der bestehenden Seniorenarbeit des Landkreises mit dem Ziel einer attraktiven Seniorenbildung unter Einbeziehung des Seniorenstudiums.

Die heutige Medien- und Informationsgesellschaft stellt an Kinder, Jugendliche und Erwachsene besondere Herausforderungen. Die mediale Technik ist gleichermaßen Kommunikations- wie Kontrollinstrument. Notwendig ist deshalb eine Medienbildung, die das Ziel hat, den Umgang mit Medien im Alltag so zu gestalten, dass diese angemessen genutzt werden können.

Leitbild ist der autonome, seine medialen und kommunikativen Bedürfnisse erkennende und diese in den gesellschaftlichen Zusammenhängen einbringende Nutzer bzw. die Nutzerin der Medien.

Kinder und Jugendliche wachsen mit den jeweils aktuellen und „neuen“ Medien wie selbstverständlich auf. Sie erlangen dabei eine umfangreiche technische Nutzungskompetenz. Dies gilt nicht unbedingt für Erwachsene, insbesondere nicht für Seniorinnen und Senioren. Gerade die Weiterbildung und Erwachsenenbildung muss stärker Medienbildungsangebote für Seniorinnen und Senioren offerieren.

Wir setzen uns ein

- für den Ausbau und die Weiterentwicklung der vielfältigen medienpädagogischen Angebote der kommunalen Jugendförderung und der Jugendpflege;
- für die Aufnahme der Medienerziehung als Medienkompetenzvermittlung in den Kanon der Erwachsenenbildungsangebote der Volkshochschule;
- für seniorengerechte Medienbildungsangebote, auch im Rahmen intergenerativer Bildungsarbeit;

3.7. Kulturarbeit

Unser Landkreis sieht es als seine Aufgabe, Chancen zu bieten, damit die Menschen an der kulturellen Vielfalt teilhaben können und gleichzeitig Möglichkeiten entdecken, ihrer künstlerischen Kreativität Ausdruck zu verleihen. Kultur ist ein Beitrag zu einer lebendigen Bürgergesellschaft und zusammen mit der kulturellen Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe, die der Landkreis zusammen mit den Kommunen wahrzunehmen hat, um auch die Attraktivität des ländlichen Raumes zu steigern.

Hinzu kommt, dass die Kulturwirtschaft als Standortfaktor verstanden werden muss. Die Entwicklung zu einer Kulturregion Marburg-Biedenkopf ist anzustreben und wird von uns gefördert.

Die Fortschreibung der kulturpolitischen Leitlinien des Kreises ist dabei ein wichtiges Instrument. Dadurch werden wir sicherstellen, dass Kultur in ihrer ganzen Bandbreite gefördert wird.

Damit kann die Grundlage für eine kommunale Kulturpolitik gelegt werden, die noch stärker in der Lage ist, die Potentiale der Kreativen zu fördern.

Wir setzen uns ein

- für die Erarbeitung eines eigenständigen kulturellen Profils des Landkreises Marburg-Biedenkopf;
- für die Fortschreibung der kulturpolitischen Leitlinien des Landkreises;
- für die stärkere Vernetzung der kulturellen Aktivitäten;
- für die umfassende Förderung der unterschiedlichen Kulturangebote;
- für die Entwicklung von generationenübergreifenden Kulturprojekten.

4. Wirtschaft, Infrastruktur, Landwirtschaft, Energie und Umwelt

Für uns Sozialdemokraten ist „Wirtschaft“ mehr als reine Produktion, Verteilung und Verbrauch von Gütern. Deshalb bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft, die unternehmerische Freiheit erlaubt und fördert, aber über demokratische Regularien allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Soziale Marktwirtschaft dient nicht nur dem Wettbewerb, sondern auch der Sicherung der Arbeitsplätze, der sozialen Errungenschaften und des sozialen Fortschritts.

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik muss das Mögliche tun, um Wirtschaft und damit Beschäftigung zu fördern. Auch bei uns im Landkreis sind es vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die Arbeitsplätze anbieten und sichern. Sie stehen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Für uns stellen Wirtschaft und Umwelt, Gerechtigkeit und unternehmerischer Erfolg keine Gegensätze dar. Gemeinsam bilden sie das Fundament einer zukunftsfähigen Politik für Marburg-Biedenkopf.

Um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, stärken wir die Unternehmen in unserem Landkreis. Wir unterstützen berufliche Qualifizierung, die angesichts neuer beruflicher Anforderungen unverzichtbar ist.

Für die Koordinierung und Strukturierung der weiteren Entwicklung des Landkreises ist die Schaffung einer der Verwaltungsspitze zugeordneten Stabsstelle Kreisentwicklung notwendig und voranzutreiben. Diese wird Synergieaspekte der Entwicklung sicherstellen.

Bei der Wirtschaftsförderung des Landkreises sehen wir Optimierungsbedarf. Die bisherige Form hat Verbesserungspotentiale, um zielgerichtete und gemeinschaftliche, von allen Partnern auf kommunaler Ebene getragene Arbeit zu ermöglichen. Wir prüfen daher eine Umstrukturierung der bisherigen Stabsstelle Wirtschaftsförderung in eine Wirtschaftsförderungs-GmbH unter Beteiligung der Kommunen, lokaler Wirtschaftsverbände und regionaler Kreditinstitute.

Mit einer Wirtschaftsförderungs-GmbH muss eine Bündelung und Verstärkung des Fördermanagements des Landkreises einhergehen. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Kreis sollen über Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Förderprogrammen von Kreis, Land, Bund und EU mit hoher fachlicher Kompetenz informiert und beraten werden.

Wir setzen uns ein

- für die Schaffung einer Stabsstelle Kreisentwicklung;
- für die Stärkung der heimischen Wirtschaft sowie die Förderung des Mittelstandes und von Existenzgründungen;
- für investitionsfördernde Genehmigungsverfahren und umfassende behördliche Unterstützung von Investoren, die neue Arbeitsplätze schaffen;
- für die Förderung des Mittelstands durch spezialisierte Beratungsangebote, Vermittlung von Unterstützung in Notlagen und transparente Fördermöglichkeiten;
- für den Ausbau regional orientierter Wertschöpfungsketten zur Stärkung der lokalen Wirtschaft;
- gegen eine regionale Monopolisierung im Einzelhandel, gegen eine Schwächung von Ortskernen und für die Sicherstellung des Lebensmitteleinzelhandels, der Postdienstleistungen sowie interkommunaler Nahversorgungskonzepte im ländlichen Bereich;
- für eine bessere Abstimmung in der Regionalplanung und gemeinsame Vermarktungsaktivitäten im Rahmen eines Stadt- und Regionalmarketings, das die Stärken unseres Wirtschaftsstandortes hervorhebt, insbesondere die sogenannten weichen Standortfaktoren wie lokale Kultur- und Bildungsangebote sowie Familienfreundlichkeit;

- für die Schaffung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH, durch die ein gemeinsames Marketing, ein kreisweites Gewerbeflächenkataster und interkommunale Gewerbegebiete möglich werden.

4.1. Unsere Sparkasse

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf besitzt eine Reihe von Beteiligungen, von denen die an der Sparkasse Marburg-Biedenkopf die wirtschaftlich größte und bedeutendste ist. Diese trägt mit ihren guten Wirtschaftsergebnissen Jahr für Jahr erheblich zur Finanzierung der Aufgaben des Landkreises bei, ist ein Stützpfiler der heimischen Wirtschaft und unverzichtbar als öffentliche Einrichtung. Bei der Beschaffung ausreichender Finanzmittel für kleine und mittelständische Unternehmen für den Zugang zu technologischen Innovationen und für Investitionen ist die öffentlich-rechtliche Sparkasse ein besonders wichtiger Partner. Wir setzen uns deshalb auch in Zukunft für eine starke Rolle der Sparkasse ein. In den entsprechenden Aufsichtsgremien verfolgen wir eine bewusst mittelstandsfreundliche Geschäftspolitik, die sich gleichzeitig an ethischen, sozialen und ökologischen Maßstäben orientiert. Wir möchten, dass die Sparkasse im Rahmen ihrer Möglichkeiten zukünftig auch als Mikrofinanzinstitut fungiert und unbürokratisch kleine Unternehmen und Existenzgründer im Landkreis Marburg-Biedenkopf finanziert. Insbesondere sollen hier Unternehmerinnen in den Bereichen Handwerk, Handel, Gastronomie, Einzelgewerbe und Dienstleistung mit Mikrokrediten unterstützt werden. Eine besondere Rolle müssen dabei auch Mikrokredite für Menschen mit Migrationshintergrund einnehmen, da diese gerade für die Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen besonderen Stellenwert haben.

Wir setzen uns ein

- für den Erhalt der Sparkasse in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft;
- gegen jede Privatisierungsabsicht;
- für die Ausweitung der Gewährung von Mikrokrediten.

4.2. Tourismus

Tourismus belebt unseren Landkreis, sichert und schafft gleichzeitig Arbeitsplätze und entwickelt sich zu einem immer stärkeren Wirtschaftsfaktor. Die „Route der Industriekultur“ im Landkreis sehen wir ebenso wie die „Zeiteninsel“ als gute Beispiele attraktiver Tourismusprojekte.

Durch die neu gegründete „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ (MSLT) werden die Aktivitäten des Landkreises und der Universitätsstadt Marburg gebündelt. In gemeinsamer Anstrengung werden das bestehende Angebot verbessert und Besucher zum Verweilen in unserem Landkreis eingeladen. Dabei achten wir besonders darauf, dass sich die Universitätsstadt Marburg und der gesamte Kreis, unterstützt von der MSLT, mit ihren jeweiligen Stärken und Angeboten gleichberechtigt und gemeinsam entwickeln können.

Für die weitere Entwicklung von Marketingmaßnahmen im Bereich Tourismus sollen themenbezogenen Beiräte geschaffen werden. Gezielte Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der touristischen Angebote sollen zur Steigerung der Übernachtungszahlen und der Zahl der Tagesgäste im Landkreis führen.

Wir setzen uns ein

- für einen sozialverträglichen Tourismus;
- für die Stärkung regionaler Profile, die Entwicklung neuer Angebote, den Ausbau regionaler Rad- und Wanderwege, den Anschluss an überregionale Rad- und Wanderwege und die Weiterentwicklung des Wassertourismus;
- für den Ausbau touristischer Angebote wie Städtetouren, Tagungen, Aktiv- und Natururlaub sowie Gesundheitsförderung;
- für die Schaffung themenbezogener Beiräte, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen sowie der privaten Leistungsträger zur Entwicklung weiterer Marketingmaßnahmen im Bereich Tourismus mitarbeiten;
- für die Teilnahme privater und öffentlicher Leistungsanbieter im Tourismus an Qualitätsmanagementsystemen und der Erfüllung von Zertifizierungskriterien.

4.3. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir möchten den ÖPNV stärker nachfrageorientiert ausrichten. Leer fahrende Busse sind unökonomisch und unökologisch. Deshalb werden wir nahezu ungenutzte und wenig ausgelastete Angebote von Buslinien bzw. -fahrten auf Basis von Fahrgastzählungen und Bedarfserhebungen überplanen. Stattdessen könnten Verbindungen über Anrufsammeltaxis ausgebaut werden. Dies soll als Aufgabenstellung im künftigen Nahverkehrsplan berücksichtigt werden.

Mit einer gemeinsamen Organisation im ÖPNV von Universitätsstadt Marburg und Kreis wollen wir Doppelstrukturen abbauen und einen gemeinsamen Nahverkehrsplan erstellen. So wird die notwendige Verzahnung der ÖPNV-Angebote von Stadt und Kreis weiter optimiert und effizienter gestaltet. Damit leisten wir auch einen Beitrag, um das hohe Defizit beim ÖPNV zu reduzieren.

Darüber hinaus setzen wir uns ein:

- für die Verbesserung überregionaler Zugverbindungen, wenn möglich mit Schaffung von ICE Halten;
- einen weiteren Ausbau der Zahl der IC-Halte im Kreisgebiet;
- für eine Prüfung der Taktung der Züge der Hessischen Landesbahn, um eine noch stärkere Verlängerung bis in den Ostkreis zu ermöglichen;
- eine Bedarfshaltestelle der Burgwaldbahn in Todenhausen und Niederwetter;
- für eine Modernisierung und Sicherung der Lahntalbahn von Marburg nach Bad Laasphe;
- für barrierefreie und klimafreundliche Fahrzeuge im ÖPNV.

Außerdem möchten wir prüfen, ob das erfolgreiche Modell „Clevercard Kreisweit“ auf die gesamte Bevölkerung übertragbar ist. Damit könnten wir den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen und so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV stellen wir über den Nahverkehrsplan weiterhin sicher, denn ein moderner ÖPNV mit seiner Infrastruktur braucht Kontinuität und Verlässlichkeit in Planung und Mittelzuweisung.

Weiterhin möchten wir alternative Bedienungsmöglichkeiten prüfen und gegebenenfalls über eigene Modellprojekte im ÖPNV etablieren. Ein mögliches Modell wären Sammeltaxis.

Mit der einmaligen Förderung des Elektrobürgerbusses in Weimar als Modellprojekt haben wir in 2015 den ersten Schritt zu einem Förderprogramm für Bürgerbusse getan. Bürgerbusse sind ein Konzept, wie durch bürgerschaftliches Engagement attraktive, kleinteilige Mobilität möglich wird. Deshalb wollen wir insbesondere die Integration von Bürgerbussen als zusätzliche Verkehrsangebote und die interkommunale Vernetzung von Bürgerbusangeboten fördern.

Der ÖPNV muss komfortabler werden. Deshalb setzen wir uns für mehr Barrierefreiheit in den Bussen ein. Über eine Stärkung von Pendler- und Mitfahrportalen ergänzen und optimieren wir die Angebote des ÖPNV.

Wir setzen uns ein

- für ein Förderprogramm für die Entwicklung von Bürgerbuslinien;
- für die Überprüfung der Ausweitung der „Clevercard Kreisweit“;
- für die Weiterentwicklung der Bedienungsmöglichkeiten im ÖPNV;
- für die Erhöhung der Barrierefreiheit und damit unter anderem größere Seniorengerechtigkeit;
- für die Stärkung von Pendler- und Mitfahrportalen.

4.4. Breitbandinternet, Telekommunikation

Ein wesentlicher, zukunftsichernder Infrastrukturbaukasten wurde mit dem Breitbandprojekt des Landkreises abgeschlossen. Unser Landkreis ist nun bundesweit einer der wenigen Landkreise, die über ein flächendeckendes Breitbandnetz mit einer Download-Geschwindigkeit von durchschnittlich 50 Mbit/s verfügen.

Dennoch bedarf es einer weiteren Verbesserung des Netzes insbesondere für gewerbliche Kunden. Wir werden uns dafür einsetzen, diese Lücken zu schließen und die Netzgeschwindigkeit weiter zu erhöhen. Hierzu werden wir uns um Fördermittel des Bundes und des Landes bemühen.

Kreisweit sollte die Möglichkeit eines öffentlichen, kostenfreien W-LAN-Angebotes an bestimmten Orten entwickelt und vom Kreis unterstützt werden.

Die vorhandenen Lücken im Mobilfunknetz werden wir versuchen in Zusammenarbeit mit den Mobilfunkanbietern zu schließen.

Wir setzen uns ein

- für eine weitere Verbesserung der Breitbandversorgung auch im gewerblichen Bereich;
- für die Einrichtung von freien W-LAN-Hotspots;
- für eine Komplettierung des Mobilfunknetzes.

4.5. Straßen und Radwege

Wir brauchen keine weiteren Kreisstraßen, stellen aber ausreichend Finanzmittel zur Verfügung, um die vorhandenen Kreisstraßen nach dem vorliegenden Prioritätenplan zu erhalten.

Wir werden den zügigen Bau der notwendigen Umgehungsstraßen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen bei Bund und Land einfordern.

Wir brauchen einen durchgehenden Ausbau der A 49, um einen Verkehrskollaps im Bereich Stadtlenddorf und Neustadt zu vermeiden. Nachdem die Finanzierung der Autobahn nun weitgehend sichergestellt werden konnte, setzen wir uns für den zügigen Bau der A 49 ein.

Wir haben einen Radverkehrsplan auf den Weg gebracht, bei dem die Netzkonzeption für den Alltags- und Tourismusverkehr in das bereits bestehende Radroutennetz integriert werden wird. Über die Kreisgrenzen hinweg soll ein Radroutennetz konzipiert werden. Eine regionale Koordinierungsstelle für Radverkehr soll die Weiterentwicklung und Pflege des alltags- und freizeitorientierten Radverkehrsnetzes sicherstellen. Radverkehr und ÖPNV sollen durch überdachte Abstellanlagen an zentralen Haltestellen sowie durch bessere Mitnahmemöglichkeiten optimal vernetzt werden.

Wir begrüßen die Schaffung des „Radwegs der Deutschen Einheit“, der durch unseren Kreis führen wird. Die dabei verwirklichten innovative Konzepte der „Radstätten“ bieten den Radfahrenden einen neuartigen Komfort an Modernität und Digitalität: öffentliches kostenfreies WLAN, digitale Informationen über Touchpads und via App, Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder und Smartphones, unterstützt durch moderne Solarzellentechnik. Diese Konzeption sollte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch für die weiteren Fahrradwege im Kreis umgesetzt werden.

Wir setzen uns ein

- für den zügigen vollständigen Bau der A 49;
- für die Verwirklichung der notwendigen Ortsumgehungen;
- für die ausreichende Finanzierung der Instandhaltung der Kreisstraßen;
- für eine Koordinierungsstelle für Radverkehr mit den Nachbarkreisen;
- für eine bessere Vernetzung von Radverkehr und ÖPNV;
- für eine weitest mögliche Verwirklichung von „Radstätten“;
- für die Stärkung des Radverkehrsbeauftragten.

4.6. Der ländliche Raum als Zukunftsregion

Der ländliche Raum besitzt Entwicklungschancen, die der Landkreis als Partner der Kommunen weiter fördern soll und muss. Dazu gehören Dorfläden, die durch innovative Konzepte zu attraktiven Anbietern lokaler Qualitätsprodukte gemacht und durch Direktvermarkter eng vernetzt werden sollen. Dorfläden sind nicht nur als lokale Einkaufsmöglichkeit, sondern vor allem auch als Kommunikationspunkte von herausragender Wichtigkeit. Lokale Initiativen, ähnlich dem Projekt „Unser Dorf hat Zukunft“, soll der Landkreis im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. Mit der Einrichtung eines Fördermanagements für EU-, Bundes- und Landesprogramme für den ländlichen Raum wird der Kreis Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger bei der Gewinnung von Fördermitteln aktiv unterstützen.

Die über die EU geförderten drei „LEADER-Regionen“ unterstützen wir weiterhin und sehen in ihnen die Möglichkeit Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten und auszubauen.

Durch den demographischen Wandel wird interkommunale Zusammenarbeit immer wichtiger. Der Landkreis unterstützt und moderiert daher die freiwillige Bildung von Verwaltungsgemeinschaften, Gemeindefusionen und gemeinschaftlicher kommunaler Einrichtungen.

Wir setzen uns ein

- für die Stärkung der Ortskerne;
- für die Einrichtung eines Fördermanagements für EU-, Bundes- und Landesprogramme für den ländlichen Raum;
- für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum durch Förderung der „LEADER-Regionen“;
- für die Unterstützung von Initiativen ähnlich dem Projekt „Unser Dorf hat Zukunft“.

4.7. Weitere Entwicklung des Denkmalschutzes

Um die Kerne unserer Orte attraktiv zu erhalten, müssen Interessen von Haus- und Hofbesitzern mit den Interessen von Denkmalschutz und Naturschutz abgeglichen werden, um eine zeitgemäße oder auch altersgerechte Nutzung der Gebäude zu ermöglichen. Dazu werden wir Verwaltungskompetenzen im Bereich Bauen, Denkmalschutz, Ländlicher Raum, Umwelt- und Naturschutz bündeln.

Durch parlamentarische Initiativen auf Landesebene wollen wir erreichen, dass dem Landkreis eine höhere Entscheidungskompetenz beim Denkmalschutz zugesprochen wird. Wir halten die Lockerung von Auflagen für Gebäude ohne Nutzungsmöglichkeiten für sinnvoll. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die dringend notwendige Schaffung von kostengünstigem Wohnraum.

Wir setzen uns ein

- für die Bündelung der Verwaltungskompetenzen zu Gunsten besserer Nutzung von denkmalgeschützten Gebäuden;
- für Initiativen zur Steigerung der Entscheidungskompetenzen des Landkreises beim Denkmalschutz.

4.8. Kommunale Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger

Unsere kommunale Energiepolitik zielt nicht auf die Rendite von Großaktionären ab, sondern auf eine regionale, nachhaltige, sichere und kostengünstige Versorgung der Menschen im Landkreis mit Energie. Mit der Rekommunalisierung der EAM und der Beteiligung des Kreises an der Netzgesellschaft Energie Marburg-Biedenkopf GmbH (EMB) ist dabei ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die Rekommunalisierung sichert den Kommunen Mitbestimmung in der Energiepolitik. Neben der Konzessionsabgabe erhalten die Kommunen mittelfristig auch dringend notwendige, nachhaltige Einnahmen bei überschaubarem Risiko.

Die mit dem Kauf der E.ON Mitte eingeleitete Kommunalisierung der regionalen Energiewirtschaft bei den Stromnetzen soll durch kommunales Engagement bei der Energieerzeugung konsequent fortgesetzt werden. Kommunale Unternehmen stärken den Wettbewerb in einem von monopolähnlichen Strukturen geprägten Energiemarkt. Deshalb erwarten wir weiterhin eine hohe Kooperationsbereitschaft der neuen EAM mit der EMB, der Universitätsstadt Marburg, den Kommunen und ihren Stadtwerken. Es gilt nunmehr hierzu ein Vertriebsnetz in kommunaler Hand aufzubauen.

Durch die Energieversorgung in kommunaler Hand verbleiben weite Teile der Wertschöpfungskette im Landkreis. Damit wird auch die heimische Wirtschaft unterstützt und gefördert.

Deshalb sollten auch in anderen Bereichen der Ver- und Entsorgung kommunale Unternehmen zuständig bleiben bzw. werden.

Die dezentrale Energiegewinnung mit Blockheizkraftwerken, Biogasanlagen, Windkraft und Fotovoltaik möchten wir weiter ausbauen, um den Anteil an fossilen Energieträgern und Atomstrom weiter zu minimieren.

Um das Klimaschutzziel des Landkreises zu erreichen, müssen neben der regionalen Energieerzeugung auch sämtliche Möglichkeiten der Energieeinsparung genutzt werden.

Die auf sozialdemokratische Initiative hin eingerichteten Energiesprechstunden zur Unterstützung von Kommunen, Bürgern und Unternehmen des Landkreises mit praxisnahen Informationen zum effizienten, nachhaltigen Energieeinsatz werden wir fortführen und ausbauen.

Die notwendige energetische Sanierung von Schulen und Verwaltungsgebäuden werden wir weiterführen. Bei der Erneuerung von Heizungsanlagen in kreiseigenen Gebäuden setzen wir auf dezentrale kleine Blockheizkraftwerke, deren Energieträger möglichst aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen sollte, und solarthermische Anlagen.

Über eine Klimaschutzagentur werden wir die Ziele des „Masterplanes 100% Klimaschutz“ im Landkreis verstetigen.

Bei der Errichtung von Wind- und Biomassekraftwerken kommt es auch im Landkreis immer wieder zu erheblichen Konflikten. Deshalb setzen wir auf ein kluges Konfliktmanagement, um einen Interessenausgleich zwischen Befürwortern und Gegnern von Wind- und Biomassekraftwerken zu bewirken.

Für die angestrebte Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien ist es erforderlich, dass die kommunalen Aktivitäten nicht durch den restriktiven Umgang der Kommunalaufsicht bei Bürgschaften oder Krediten beeinträchtigt werden.

Die Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf (EGMB), an der neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen auch der Landkreis beteiligt ist, wird zusammen mit der Stadt Stadtallendorf in Kürze das neue Projekt „Hopfenberg“ bei Stadtallendorf mit mindestens 4 Windenergieanlagen auf den Weg bringen. Aufgrund dieser und weiterer positiver Erfahrungen wird sich der Landkreis auch weiterhin an Energiegenossenschaften im Landkreis beteiligen.

Abfallwirtschaft als Wertstoffwirtschaft gewinnt aus ökologischen und ökonomischen Gründen immer mehr an Bedeutung. Um die Wertstoffeffizienz zu optimieren, werden wir die Kooperation der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, also der Abfallwirtschaft Lahn Fulda (ALF), der betroffenen Kreiskommunen und des Müllabfuhrzweckverbandes (MZV) Biedenkopf, fördern.

Der Fuhrpark des Kreises wird weiter umweltfreundlich umstrukturiert. Ziel ist es, den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß der Fahrzeugflotte gemäß den jeweils geltenden EU-Richtlinien zu senken. Dies wollen wir auch durch den verstärkten Einsatz von Hybridfahrzeugen, Elektromobilen, Nutzung des „Car-sharing“-Angebotes, Pedelecs und E-Bikes erreichen.

Wir setzen uns ein

- für die Einrichtung einer Klimaschutzagentur zur Verstetigung der Ziele des „Masterplanes 100% Klimaschutz“;
- für den Erhalt und Ausbau der Energiesprechstunden des Landkreises;
- für die Einforderung eines Konfliktmanagements bei Energieplanungen;
- für die Stärkung und Beteiligung des Landkreises an kommunalen Energiegenossenschaften
- für weitere energetische Sanierung der Liegenschaften des Landkreises;
- für die Kooperation der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger der Abfallwirtschaft;
- für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Fahrzeugflotte des Landkreises nach geltenden EU-Richtlinien.

4.9. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftens in unserem Landkreis. Unser Ziel ist der Erhalt und die Vereinbarkeit von Natur und Landschaft mit einer verträglichen Nutzung durch bäuerliche Landwirtschaft. Grundsätzlich möchten wir ökologisch nachhaltige Landbewirtschaftung intensivieren, um die natürlichen Ressourcen zu schützen.

Wir wollen keine Gentechnik in der Landwirtschaft und unterstützen deshalb die gentechnikfreie Region. Der Kreis wird zudem Landwirte bei Nachfolgefragen und einer Zusatzqualifizierung zum Energiewirt beraten und unterstützen. Unsere Politik soll helfen, gesicherte Lebens- und Arbeitsgrundlagen in der bäuerlichen Landwirtschaft zu erhalten.

Konkret werden wir vorhandene und neue regionale Betriebs- und Vermarktungsstrukturen in der Landwirtschaft fördern, etwa durch verbesserte Direktvermarktung und Ausbau eines gemeinsamen Marketingsystems.

Beratung und Antragsstellung zu Agrarumweltprogrammen sollen beim Fachdienst Landwirtschaft verbleiben.

Wir unterstützen Initiativen wie die „Solidarische Landwirtschaft e.V.“ Mit Solidarischer Landwirtschaft (Solawi) werden landwirtschaftliche Produkte nicht über den herkömmlichen Markt vertrieben, sondern über einen eigenen, transparenten Wirtschaftskreislauf, der von den Verbrauchern mit organisiert und finanziert wird. Dies trägt zum Erhalt einer kleinteiligen und bäuerlichen Landwirtschaft bei, stellt regionale Lebensmittel zur Verfügung.

Zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft müssen die Bedingungen für den Bau effizienter und standortgerechter Anlagen zur Erzeugung von Lebensmitteln und grüner Energie verbessert werden. Auch die Landwirtschaft wird als Berufsfeld immer komplizierter und durch die Digitalisierung vor neue Chancen und Herausforderungen gestellt. Der Landkreis muss sich gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben diesen Herausforderungen stellen. Wir wollen erreichen, dass die Digitalisierung der Landwirtschaft als Modernisierungsaufgabe beratend begleitet wird. Der Landkreis soll an dieser Stelle beraten und koordinieren und gemeinsam mit dem Kreisbauernverband und weiteren geeigneten Partnern einen Erfahrungsaustausch organisieren und koordinieren.

Wir setzen uns ein

- für die Stärkung regionaler Betriebs- und Vermarktungsstrukturen;
- für die Unterstützung von Initiativen wie „Solidarische Landwirtschaft e.V.“, um die regionale Vermarktung zu stärken;
- für die Vergrößerung der gentechnikfreien Anbaugelände;
- Beratung bei der Digitalisierung der Landwirtschaft.

4.10. Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz

Um die Belange von Umwelt- und Naturschutz kümmern wir uns vor Ort. Deshalb soll die Untere Naturschutzbehörde eine aufsuchende, partnerschaftliche Umwelt- und Naturschutzarbeit bei den Kommunen betreiben.

Für den Erhalt von Lebensräumen für die Tier- und Pflanzenwelt setzen wir auf sparsamen Flächenverbrauch. Unser Handlungsprinzip lautet daher: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Damit leisten wir nicht nur einen Beitrag zum Erhalt der ökologischen Vielfalt, sondern stärken die gewachsenen Ortskerne in den Städten und Gemeinden des Landkreises.

Ein Hauptaugenmerk unseres Handelns gilt wie schon in vergangenen Jahren dem Erhalt sauberer, naturnaher Gewässer und wo nötig deren Renaturierung.

Den Dialog mit den Umwelt- und Tierschutzorganisationen werden wir fortführen.

Das Tierheim in Marburg und das Bieneninstitut in Kirchhain sollen weiterhin unterstützt werden, genauso wie die Fischerei- und Imkereivereine. Zudem unterstützen wir den Erhalt des Neuen Botanischen Gartens auf den Lahnbergen.

Die Initiativen der Städte und Gemeinden beim Hochwasserschutz wird der Landkreis in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie weiter beratend unterstützen.

Wir setzen uns ein

- für Innenentwicklung vor Außenentwicklung;
- für den Erhalt und wenn nötig die Renaturierung von Gewässern;
- für die Fortführung des Dialoges mit Umwelt- und Naturschutzorganisationen;
- für die Unterstützung des Tierheims Marburg, des Bieneninstituts Kirchhain, der Fischerei- und Imkereivereine;
- für den Erhalt des Neuen Botanischen Gartens auf den Lahnbergen;
- für die Förderung des Ausbaus des Hochwasserschutzes.